**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte
**Band:** 65 (1985)
**Heft:** 1

**Rubrik:** Blickpunkte

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 02.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Abstimmungsdemokratie als politische Beschäftigungstherapie?

Die achtziger Jahre, von denen zu ihrem Beginn männiglich klimatische Unterschiede im Vergleich zum vorhergehenden Jahrzehnt erwartet hatte, sind nun zur Hälfte vorbei. Doch von einem tiefergreifenden Wandel des Zeitbewusstseins ist im Grunde wenig zu verspüren. Nimmt man zum Beispiel das innenpolitische Jahr 1984, so stellt man fest, dass es ausserordentlich «normal» verlaufen ist. Die grossen Abstimmungskämpfe brachten durchwegs Resultate, die auf der Linie der Kontinuität und des wirtschaftlichen Realismus liegen – beides Dinge, die man zu Beginn des Jahrzehnts durch neue Strömungen des Zeitgeistes in Frage gestellt glaubte.

Selbstverständlich sind die achtziger Jahre «grüner» als die siebziger Jahre. Doch kam es bisher nicht zum Siegeszug «grüner Parteien». Ihre zählbaren Erfolge blieben erstaunlich gering. «Grün» wurde sozusagen ins traditionelle politische System integriert. Sämtliche Parteien haben ihre «Grünen», und sämtliche Programme weisen entsprechende Postulate auf. Offen blieb für 1984 jedoch die Frage, wie weit die ökologische Bewegung auch im Rahmen von hochemotionellen Abstimmungskämpfen wie jenem über die Energie-Initiativen gewissermassen unter Kontrolle bleiben werde. Das Resultat des Urnengangs vom September war dann aber geradezu sensationell «normal»: Die deutlich stärkere Verwerfung des Anliegens der Atomgegner im Vergleich zu 1979 zeigte, dass das Volk kühles Blut behalten hat und trotz hochsensibilisiertem Umweltbewusstsein nach wie vor nicht bereit ist, wirtschaftspolitische Radikalkuren mit zumindest ungewissen langfristigen Auswirkungen auf Verfassungsstufe zu verankern.

Ähnlich hat sich der Souverän auch bei den Abstimmungen zur Banken-Initiative und zur Mutterschaftsversicherung verhalten. Wenn bei der haushohen Verwerfung der sozialdemokratischen Offensive gegen den «Finanzplatz Schweiz» auch sicherlich nicht nur übergeordnete Argumente des Gemeininteresses, sondern ebensosehr handfeste Eigenbedürfnisse der Bürger zum Tragen gekommen sein dürften, so war doch unverkennbar, dass ein Grossteil der Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen einem leistungsfähigen, international attraktiven Bankensystem und der lebenswichtigen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft begriff und an der Urne entsprechend entschied.

Bei der Mutterschafts-Initiative schliesslich gab zweifellos das Gefühl den Ausschlag, dass der Bogen nicht überspannt werden dürfe, sondern dass es viel mehr gelte, die hohe Dichte unseres sozialen Netzes zu stabilisieren und es nicht durch immer neue überrissene Forderungen letzten Endes in einen Finanzierungsnotstand hineinzumanövrieren. Auch hier also schob das gesunde politische Empfinden all-

zu progressiven Tendenzen, die über das wirtschaftlich Tragbare weit hinaus zielten, einen Riegel, und zwar mit einer Wucht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig liess.

Angesichts dieses Verhaltens der Stimmbürger muss man sich allmählich fragen, wohin die hektische Geschäftigkeit in unserer Abstimmungsdemokratie eigentlich führen solle. Initiative und Referendum sind zentrale politische Rechte unseres Staatswesens. Auch liegt es in der Natur, dass sie vor allem ein Instrument von Minderheiten und oppositionellen Bewegungen verkörpern. Heute steht man aber immer mehr unter dem Eindruck, dass sie inflationäre Züge bekommen. So drohen sie zu einer Art von demokratischer Beschäftigungstherapie mit vorwiegend statischem Charakter zu werden. Regierung, Parlament und Bürger werden damit in einem Übermass in Trab gehalten, das immer weniger Raum für eigene schöpferische Ansätze lässt.

Es wird schwer halten, die Zahl der Initiativen und Referenden stärker zu begrenzen. Aber vielleicht wäre es möglich, sie in der politischen Diskussion etwas weniger dominant zu behandeln. Das würde allerdings einiges an Disziplin erfordern – nicht nur im Parlament, sondern auch in den Medien. Auf die Dauer macht es doch wohl wenig Sinn, dass sich die öffentliche Diskussion weitgehend in Themen erschöpft, die von oppositionellen Gruppen ohne Aussicht auf Erfolg lanciert werden. Die vielzitierte Verwesentlichung unserer Demokratie sollte auch den Willen umfassen, sich nicht dauernd durch politische Eintagsfliegen ablenken zu lassen, um dann die wirklich substantiellen Probleme und Fragen – wenn überhaupt – nur noch unter Zeitdruck behandeln zu können. Unser politischer Betrieb ist hervorragend darauf eingespielt, die laufenden Geschäfte, inklusive politische Störmanöver, souverän zu bewältigen. Doch für innovative Politik mit längerfristigen Perspektiven – die durchaus auch traditionell-konservativ sein können – fehlt heutzutage immer mehr nicht nur der Atem, sondern auch der Blick.

*Richard Reich*

## Die Wissenschaft im wirtschaftspolitischen Abseits

Es ist wohl kaum zu leugnen, dass die Beziehungen und Verbindungen zwischen der Wissenschaft, den Universitäten auf der einen Seite und der wirtschaftspolitischen Praxis auf der andern Seite um einiges *besser* sein könnten. Ob der Graben wirklich so gross ist, wie das immer wieder behauptet wird, darf allerdings bezweifelt werden. Die Schweizerische Nationalbank beispielsweise macht sich die Wissenschaft und ihre Erkenntnisse gezielt zunutze. Und die Ergebnisse dieser Zusammenarbeit können sich sehen lassen. Vielleicht ist sie die berühmte Ausnahme, die die Regel bestätigt. Aber sie ist jedenfalls eine gewichtige Ausnahme. In der Bundes-

verwaltung ist es schon um einiges schwieriger, Einrichtungen zu finden, die laufend und systematisch auch den wissenschaftlichen Standpunkt bei der verwaltungsinternen Meinungsbildung mindestens einbeziehen würden. In der Bundesrepublik Deutschland beispielsweise gibt es eine *Grundsatzabteilung,* die diese Aufgabe übernimmt. Und ihr Leiter, Staatssekretär *Schlecht,* ist ein ausserordentliches Kaliber und hat sich in der wirtschaftspolitischen Szenerie Bonns über die Jahrzehnte hinweg Respekt verschafft: *«Die Minister kommen und gehen; Schlecht bleibt»,* sagt ein Bonner Bonmot. Auch im vorparlamentarischen Gesetzgebungsverfahren Helvetiens ist die Akademia, wenn überhaupt, nur eher zufällig vertreten.

Zu diagnostizieren ist mithin ein Zustand, der nicht zufriedenzustellen vermag. Die Wissenschaft hat die Neigung, die Produktion von Orientierungshilfen für die Praxis nicht als ihre primäre Aufgabe zu betrachten. Und dort, wo sie dies tut – beispielsweise im Rahmen der Forschungsprogramme des Schweizerischen Nationalfonds – verhält sie sich ausgesprochen *angebots-* und nicht nachfrageorientiert. Sie präsentiert, einfach ausgedrückt, ihre Erkenntnisse nicht in einer Form, die auf die potentiellen Adressaten zugeschnitten ist. Kein Wunder, dass diese zum Teil aufwendigen Untersuchungen die praktische Wirtschaftspolitik, wenn überhaupt, so nur marginal ritzen. Sie verkümmern relativ rasch zu reinem Bibliothekenfutter und fristen ihr Dasein als Quelle für die Fussnotenliteratur. Von optimaler Ressourcenallokation kann hier kaum die Rede sein. Das ist eigentlich nicht der Zweck der Sache.

Es wäre im Blick auf diese Situation gewiss den Schweiss der Edeln wert, einmal darüber nachzudenken, wie die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Praxis *enger* geknüpft werden könnten. Besonders in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten, in denen die ökonomische Ratio nicht ungestraft als «quantité négligeable» betrachtet wird, wäre eine Akzentverschiebung wünschenswert – übrigens für beide Seiten: ein Abbau der Elfenbeinturm-Mentalität, die an den Universitäten noch immer anzutreffen ist, darf wohl ebenso positiv eingeschätzt werden, wie eine etwas stärkere Anlehnung der wirtschaftspolitischen Praxis an die Meinungen der «pressure-group» der Objektivität.

*Willy Linder*

## Gegner als Partner

Seit dem Ende der immerhin zwanzig Jahre währenden österreichischen grossen Koalition war die Schweiz mit ihrer «Zauberformel» der Sonderfall im nicht konfliktlosen, aber haltbaren gemeinsamen Regieren der Parteien. Derzeit sind zwei neue eigenartige Fälle solcher Koalition eingetreten und zwei weitere zeichnen sich am Horizont ab – als Wahrscheinlichkeit die eine, als Möglichkeit die zweite.

Die griechische Variante – ein kon-

servativer Präsident, ein linkssozialistischer Ministerpräsident – wird in diesem Heft in einem Bericht aus Athen von Pavlos Tzermias dargestellt. Hat sie sich bewährt oder hat sie nur eben gedauert? Eine zweite Amtszeit für Karamanlis würde die Antwort erlauben.

Der andere, noch überraschendere Fall ist die grosse Koalition der israelischen Parteien – mit einem «kontrapunktischen Zweigestirn» rotierender Regierungsführung zwischen Arbeiterpartei und Likud, Perez und Schamir. Angesichts der Tiefe der Gegensätze und der Schärfe der Auseinandersetzungen war dieser Ausgang kaum zu gewärtigen. Als einzigen Weg bezeichneten dieses Bündnis zuerst fünf Intellektuelle, die zur Linken gehören, darunter Amos Oz, dessen Aufzeichnungen von Gesprächen – auch mit extrem rechten Fanatikern – so erschreckend waren, dass ihm Freunde schrieben, sie zweifelten, ob es solche Menschen gebe.

Dass Romanciers sich in der Politik realistisch äussern und engagieren – in Max Webers Begriff: eher mit Verantwortungs- als mit Gesinnungsethik – verdient unterstrichen zu werden, denn selbstverständlich ist das nirgends; es muss viel Selbstüberwindung gekostet haben.

Grosse Koalitionen mit Likud hatte es schon nach 1967 gegeben, doch waren es Jahre der Entschlusslosigkeit, des Stagnierens, des Hinausschiebens von Problemen gewesen; diesen drei Jahren der unbehaglichen Partnerschaft trauerte niemand nach. Der jetzt amtierende Ministerpräsident, Shimon Perez, von der Arbeiterpartei hat sich in Paris sehr positiv über diese Partnerschaft ausgesprochen und nicht wie von einer ungünstigen aber unvermeidbaren Lösung. Es sieht so aus, als könne eher eine gemeinsame Aussenpolitik erarbeitet werden als eine gemeinsame Bekämpfung der Inflation.

Perez nennt die «Westbank» nicht Judäa und Samaria, wie es Likud tut, doch die nicht mehr rückgängig zu machende Annexion Transjordaniens wird auch von der Linken nun faktisch angenommen. Zuviele Wähler leben jetzt in dieser Peripherie ihrer Arbeitsplätze; nur für eine Minderheit von ihnen ist die Motivierung religiös oder ideologisch, für die anderen ist es einfach eine Annehmlichkeit. Bei der Pattsituation zwischen links und rechts kann sich keine Partei leisten, sich diese Wähler zu entfremden.

In diesem Punkt ist auch Perez von Begin bestimmt wie François Mitterrand vom Gründer der Fünften Republik, Charles de Gaulle, den er unentwegt bekämpft hatte. Es gibt auch in der Innenpolitik das «fait accompli».

Wenn hier auf Frankreich gewiesen wird, so ist es freilich eher die Umkehrung der griechischen Diarchie, an die gedacht werden kann. Nach den nächsten Wahlen werden die Sozialisten nebst den sie nicht mehr stützenden Kommunisten nicht mehr die Mehrheit haben – mindestens ist diese Wahrscheinlichkeit gross – und der Präsident der Republik, der betont hatte, wie weit links von den Sozialdemokraten sein Sozialismus stehe, wie sehr er wirklich revolutionäre Systemänderung erstrebe, wird einen Ministerpräsident aus den Rängen der gegenwärtigen bürgerlichen Opposition holen müssen – man mag an Jacques Chaban-Delmas, den sozial aufgeschlossenen Premier in der Zeit des Präsidenten Pompidou denken,

wie an den vorhergehenden Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing, der Raymond Poincaré zum Vorbild hat, der, nachdem er Präsident der Republik war, als Abgeordneter und später als Regierungschef zurückkehrte.

Es mag sein, dass bürgerliche Politiker sich weigern, von Mitterrand berufen zu werden, es kann auch sein, dass die eigene Partei, die jetzt ihrem Neugründer folgt, auch wenn seine neue Politik das Gegenteil der früheren ist, sich gegen ihn wendet. Bemerkenswert sind die Umfragen. Vertrauen zu Mitterrand hat nur ein Viertel der Befragten, doch mehr als die Hälfte meint, er solle seine sieben Jahre im Elysée haben dürfen. Dass die nicht ganz lupenrein entstandene Fünfte Republik mit ihren Institutionen solche legalistische Reflexe geschaffen hat, ist bemerkenswert.

Wie steht es mit der Bundesrepublik? Die FDP scheint weiter abzugleiten, die Grünen sind an ihrer Stelle die drittstärkste Partei geworden. Doch sind sie als Partner auf Dauer – sogar in den Ländern – unsicher, vermutlich nicht koalitionsfähig. Nach späteren Wahlen könnte die grosse Koalition CDU - CSU - SPD unumgänglich werden, und die gegenwärtige Polemik wäre dann schnell vergessen. Schliesslich hat sich eine solche Koalition schon einmal bewährt. Fast nichts, was in der Tagespolitik «undenkbar» genannt wird, ist es wirklich. Wenn die Verhältnisse Gegner in die Partnerschaft zwingen, finden sich auch die nötigen Argumente.

*François Bondy*

Sprüngli
AM PARADEPLATZ
Calvados
Von zarter Schokolade
umhüllt.
Von Sprüngli.
Hauptbahnhof Zürich Shop-Ville Löwenplatz
Stadelhoferplatz Shopping-Center Spreitenbach
Einkaufszentrum Glatt Airport-Shopping Kloten